

# Nepal im Überblick

## zusammengestellt von Thomas Döhne

### Zunehmende Morde durch bewaffnete Gruppen im östlichen Terai

Verschiedene bewaffnete Gruppen haben seit Ende März 2007 im östlichen Terai 28 Personen getötet – dies geht aus einem Bericht der Bewaffneten Polizeistreitkräfte (APF) hervor. Außerdem wurden 145 Personen entführt, von denen 93 – zum Teil mit Hilfe der APF – wieder freikamen. Im gleichen Zeitraum habe es dort 312 Festnahmen von Personen gegeben, die mit bewaffneten Gruppen und kriminellen Banden in Verbindung stehen sollen. Acht Personen seien von der Polizei getötet worden, fünf davon bei Schießereien und drei weitere, weil sie von den Behörden verhängte Ausgangssperren missachtet hatten.

### Mehr Menschenrechtsverletzungen durch Maoisten als durch Regierung

Im Oktober sind in Westnepal mehr Menschenrechtsverletzungen durch Maoisten begangen worden als durch staatliche Sicherheitskräfte, stellt ein von der *Himalaya Times* zitierter Bericht der Menschenrechtsorganisation *Population Watch/INHURED* fest. In Kanchanpur seien der Journalist Pappu Gurung und seine Frau entführt worden, außerdem seien in diesem Zeitraum jeweils 1 800 Rupien von jedem Grundschullehrer an Schutzgeld erpresst worden. Von Seiten von Regierungsvertretern habe es im gleichen Zeitraum ebenfalls Drohungen gegen einen Rundfunkreporter gegeben. Bisher gebe es ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensabkommens zwischen Regierung und Maoisten immer noch keine systematische Beobachtung der Einhaltung der damals getroffenen Vereinbarung.

### Massenkündigung von Staatsangestellten

Anfang November haben 415 Staatsangestellte in Saptari Distrikt (Ostnepal) ihre Unterschriften unter ein gemeinsames Kündigungsschreiben gesetzt, das sie an Ministerpräsident Girija Prasad Koirala schicken wollen. Ihr Protest richtet sich gegen die Ermordung von Prabhu Narayan Yadav, der bei einer Distriktbehörde angestellt war. Die Staatsangestellten fordern, Yadav zum Märtyrer zu erklären und seiner Familie eine Entschädigung zu zahlen. Außerdem müsse der Staat mehr für die Sicherheit seiner Mitarbeitenden tun. Seit Anfang des Jahres hat es im östlichen Terai

wiederholt massive Drohungen bewaffneter Gruppen gegen Regierungsbeamte und gegen Angehörige der bergstämmigen Bevölkerung gegeben, die ultimativ zum Verlassen des Terai aufgefordert worden waren.

### Bericht der nationalen Menschenrechtskommission

Aus einem Anfang November veröffentlichten Bericht der nationalen Menschenrechtskommission geht hervor, dass von Februar bis Juli 2007 101 Menschen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen getötet wurden. "Medienvertreter werden beinahe täglich angegriffen und bedroht. Sie sind tief enttäuscht über die Zögerlichkeit des Staatsapparates, gegen Schuldige vorzugehen, selbst wenn diese bekannt sind." Weiterhin heißt es in dem Bericht: "Bombenanschläge auf Pressefahrzeuge sowie Angriffen und Drohungen gegen Menschenrechtsvertreter haben deren Unsicherheitsgefühl erhöht." Auch andere kriminelle Vorkommnisse wie Plünderung und Raubüberfälle seien im Berichtszeitraum gestiegen, ohne dass die Polizeibehörden dem Einhalt geboten oder die Schuldigen vor Gericht gebracht hätten. Vielmehr hätten maoistische Kader der CPN(M) und Anhänger radikaler Terai-Gruppen Polizeistationen angegriffen und dort Regierungsbeamte geschlagen und bedroht."

### Rundfunkjournalist Birendra Shah bereits am Tag seiner Entführung ermordet

Die internationale Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ hat Anfang November in einer Presseerklärung Schock und Trauer über die Ermordung des Rundfunkjournalisten Birendra Shah zum Ausdruck gebracht. Der 34-jährige Shah hatte im Distrikt Bara für einen privaten Rundfunksender sowie die Wochenzeitung *District Weekly* und andere Medien gearbeitet. Shah war bereits am Tag seiner Entführung am 5. Oktober 2007 von einem lokalen Kommando der Maoisten getötet worden. Die Täter sollen nach Indien geflohen sein. Shah ist bereits der zweite Journalist, der seit dem Ende des königsgeführten Regimes im April 2006 in Nepal getötet wurde.

### 14 Journalisten in Kathmandu festgenommen

Mindestens zwei Journalisten wurden verletzt und 14 weitere verhaftet, als sie an einer vom Nepalesischen

Journalistenverband (FNJ) organisierten Protestveranstaltung teilnahmen. Sie hatten sich zu einem Sit-in in der Nähe des Regierungssitzes Singh Durba versammelt und Sprechchöre gegen die Regierung und die Maoisten gerufen, als die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorging. Diese hatten Aufklärung über den Verbleib des Rundfunkjournalisten Birendra Shah verlangt, der Anfang Oktober von Maoisten im Bara Distrikt entführt worden war. Trotz massiver, auch internationaler, Proteste durch „Reporter ohne Grenzen“ und den Internationalen Journalistenverband hatte weder die Regierung noch die maoistische Führung ernsthafte Anstrengungen unternommen, sein Schicksal aufzuklären.

### Entführungen von *Nepali Congress* Anhängern

Ende Oktober wurde Dabale Lama aus dem Stadtteil Baudha in Kathmandu entführt. Dies soll bereits die vierte Entführung eines Anhängers der *Nepali Congress Party* (NC) durch Maoisten innerhalb von elf Tagen gewesen sein. Wie aus einer Presseerklärung des NC hervorgeht, hätten die Maoisten ihre Angriffe und Drohungen gegen Parteimitglieder und Anhänger des NC in verschiedenen Landesteilen verstärkt. So seien in Siraha Distrikt am 19. und 21. Oktober zwei weitere Personen verschleppt worden, deren Aufenthalt bisher ungeklärt sei. Außerdem seien dort mehrere Parteimitglieder zusammengeschlagen worden. Die NC fordert die umgehende Freilassung der Entführten und ein sofortiges Ende der Drohungen und gewaltsamen Übergriffe.

### Verlängerung der UNMIN Präsenz

Die Vereinten Nationen haben ihre Bereitschaft erklärt, die UNMIN-Präsenz in Nepal zu verlängern und das Mandat der Mission auszuweiten. Ministerpräsident Koirala ist nach Auskunft seines außenpolitischen Beraters Dr. Suresh Chalise über bestimmte UNMIN-Aktivitäten „nicht sehr glücklich“, insbesondere was das Empowerment von ethnischen Gemeinden angeht. „Wir sind auf verschiedene Fälle gestoßen, bei denen UNMIN-Mitarbeitende Veranstaltungen bestimmter ethnischer Gruppen koordiniert haben, was unter den gegebenen Umständen nicht gut ist,“ sagte Dr. Chalise. Der Ministerpräsident vertrete die Auffassung, dass sich diese Gruppen direkt an den Staat wenden sollten. Außerdem habe sich Koirala kritisch darüber geäußert, dass „UNMIN nur hilflos zuschaute“, als PLA-Kämpfer die ihnen zugewiesenen Auffanglager verlassen hätten. Der Stellvertretende Repräsentant des UN-Generalsekretärs in Nepal, Samuel Tamrat, wies

die Kritik zurück: „UNMIN hat diese Verletzungen des Friedensabkommens festgestellt und die Maoistische Führung darüber informiert“. Außerdem habe die Regierung bisher die Anliegen marginalisierter Gruppen weitgehend ignoriert. Diese Anliegen müssten jedoch „geprüft und angesprochen“ werden.

### Qatar will 412 nepalische Migranten deportieren

Die Regierung von Qatar plant die Rückführung von 412 nepalischen Migranten, die in drei verschiedenen Haftanstalten in Doha festgehalten werden. Ein Vertreter der nepalischen Botschaft in Doha erklärte dazu, den betreffenden Personen würden kriminelle Vergehen, Verletzung von Visa-Bestimmungen oder Vertragsbrüche gegenüber früheren Arbeitgebern vorgeworfen. Bereits drei Monate zuvor hatte Qatar 300 nepalische Arbeiter der *Al-Huda Engineering Company* in Doha deportiert, die für eine Lohnerhöhung und Krankenversicherung gestreikt hatten. Qatar mit seinen geschätzten 200 000 nepalesischen Arbeitern ist der zweitwichtigste Arbeitsmarkt für Arbeitsmigranten aus Nepal. Allein im letzten Haushaltsjahr wurden etwa 58 000 Personen dorthin vermittelt.

### Protest der Badi-Frauen

Mit wochenlangen Protesten haben Badi-Frauen im August/September in Kathmandu auf ihre Situation aufmerksam gemacht und einen zwölf Punkte umfassenden Forderungskatalog vorgelegt, in dem sie ihre gesellschaftliche Rehabilitierung sowie Repräsentanz in der Verfassungsgebenden Versammlung fordern. Die Badi, traditionell eine Musiker- und Tänzer-Kaste, gehören zu den sogenannten „Unberührbaren“ in Nepal. Etwa 30 000 Badi-Angehörige leben in den Distrikten Banke, Bardiya, Kanchanpur, Kailali und Dang in Westnepal. Viele Badi-Mädchen und -Frauen gehen der Prostitution nach, um sich und ihre Familien zu ernähren, und werden von der Gesellschaft geächtet. Der Oberste Gerichtshof hat die Regierung bereits 2005 in einer Grundsatzentscheidung angewiesen, sich um die Anliegen dieser besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppe zu kümmern und Maßnahmen zu ergreifen, die den Frauen zu einem Ausstieg aus der Prostitution, sozialer Sicherheit und alternativen Einkommensmöglichkeiten verhilft. Bisher ist jedoch in dieser Hinsicht wenig geschehen. Vielen Kindern von Badi-Frauen wird eine Geburtsurkunde verweigert, wenn die Vaterschaft nicht eindeutig geklärt ist, was dazu führt, dass diese Kinder später ihre Staatsbürgerschaft nicht nachweisen können und keinen Pass erhalten.